

OGNIAN HISHOW

Regionalpolitik und -entwicklung in Bulgarien: Probleme, Erfahrungen, Lösungsansätze

Kurzfassung

Die Politik einer beschleunigten Industrialisierung, die in den letzten Jahrzehnten in Bulgarien vorherrschend war, führte auch zu einem tiefgreifenden räumlichen Strukturwandel. Dies bezieht sich sowohl auf die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturformen als auch auf die Neugestaltung der territorialen Arbeitsteilung, einschließlich ihrer wesentlichen Organisationsformen Spezialisierung und Kooperation. Die "demokratisch-zentralistische" Wirtschaftsführung glaubte, mit einer Bündelung der Mittel und materiellen Ressourcen den räumlichen Umstrukturierungsprozeß effizienter vollziehen zu können. Erklärtes Ziel der Raumordnungspolitik war eine relativ gleichmäßige Standortverteilung der Produktion und in sozialpolitischer Hinsicht ein relativ gleiches Lebensniveau der Bevölkerung. Aufgrund objektiver und subjektiver Ursachen wurde dieses Ziel nur bedingt erreicht. Insbesondere in den 80er Jahren haben sich die regionalen Disproportionen vertieft. Daraus ergibt sich sowohl für die Territorialplanung als auch für die Territorialforschung die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels, der den völlig neuen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der 90er Jahre Rechnung tragen muß.

1. Wirtschaftliche und leitungsmäßige Rahmenbedingungen für eine neukonzipierte Regionalpolitik

Bulgarien verzeichnet während der letzten drei Jahrzehnte formell gesehen eine im internationalen Maßstab dynamische Wirtschaftsentwicklung. Das durchschnittliche Wachstumstempo der Volkswirtschaft beträgt im Zeitraum 1956-1988 jährlich ca. 6,2 %, das der industriellen Bruttoproduktion 7,2 %. Zugleich verzeichnet auch das Volkseinkommen im selben Zeitraum eine beachtliche Wachstumsrate.

Diese relativ hohe Wirtschaftsdynamik führte zu einem zu einer scheinbaren Niveauhebung der gesamten Wirtschaft und war zum anderen von einem starken Strukturwandel begleitet. Bulgarien verfügt heute über eine Struktur des produzierenden Bereiches, die der in den hochentwickelten Industrienationen ähnlich ist. So entstanden 1987 60,1 % des Volkseinkommens in der Industrie, 14,9 % in der Landwirtschaft, 9,6 % im Baugewerbe usw.

Die Umstrukturierung innerhalb der Wirtschaftssektoren ging mit einem entsprechenden tiefgreifenden Wandel in der räumlichen Organisation der gesellschaftlichen Produktion einher. Die zunächst noch aus der Vorkriegszeit übernommenen räumlichen Verwaltungseinheiten (acht Gebiete mit über 200 Kreisen und mehr als 1 300 Gemeinden) wurden aufgelöst. An ihre Stelle traten 1959 28 Verwaltungsbezirke, die vom Rat des Bezirkes geleitet wurden, der die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Territorium bestimmte, wobei möglichst historisch gewachsene Wirtschaftsstrukturen bei der Bezirksgrenzziehung berücksichtigt wurden.

Führungspolitische Absicht dieser Neugliederung der territorialen Verwaltungsstruktur ist die Durchsetzung der zentralen staatlichen Leitung und Planung unter Berücksichtigung der gültigen Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung ("demokratischer Zentralismus"). Dies führte zu einer Zentralisierung und Straffung der territorialen Leitung und Planung mit erheblichen Kompetenzverlusten der kommunalen Ebene. Wie sich später herausstellte, hatte die Zentralisierung erhebliche negative Folgen für die Raumstruktur. Damals glaubte man allerdings, mit Hilfe der Weisungsinstrumente der zentralen Planung die so gebündelten Mittel und materiellen Ressourcen für die Zwecke der angestrebten räumlichen Umstrukturierung des Landes wesentlich effizienter einsetzen zu können.

2. *Die relativ gleichmäßige Standortverteilung der materiellen Produktion — ein Hauptziel der Raumordnungspolitik der 50er und 60er Jahre*

Die allgemeine wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes hatte u.a. zur Folge, daß die Industrieproduktionskapazitäten vor allem in der Hauptstadt und in einigen größeren Städten wie Plowdiw, Warna, Russe, Burgas und Gabrowo konzentriert waren. Bulgarien insgesamt war ländlich geprägt, es gab außer Sofia kaum Großstädte, die Provinzen waren infrastrukturell wenig erschlossen und der technologische Anschluß an die Industrieländer war verpaßt.

Die in den 50er Jahren einsetzende beschleunigte Industrialisierung bewirkte einen raschen, z.T. schmerzlichen räumlichen Strukturwandel. Er ist prinzipiell für jede umfangreiche Industrialisierung gegeben und resultiert aus der Notwendigkeit, für derartige Vorhaben große Industriekomplexe und damit auch Menschenmassen an zunächst wenigen Standorten zu lokalisieren. Die so erfolgte Allokation von Betriebskapazitäten ruft parallel einen wachsenden Bedarf nach technischen und sozialen Infrastrukturleistungen hervor, die wiederum eine Steigerung des Produktionsausstoßes nach Termin, Standort und Sortiment verlangen u.s.w. Es bilden sich also Wachstumspole heraus, die bei weiterem unkontrollierten Wachstum Folgeprobleme im regionalen, betrieblichen sowie sozialen Bereich mit sich bringen können.

Als Folge vermeintlicher Vorteile einer wachsenden territorialen Konzentration wurde innerhalb von 30 Jahren etwa die Hälfte der Bevölkerung vom Land in die Städte umgesiedelt. Zwangsläufig kam es zu kaum vorstellbarer Wohnungsnot in den Städten. Gleichzeitig verfiel die Bausubstanz in den Dörfern. Weitere Merkmale waren relativ moderne Industrieanlagen, aber eine mangelhafte Sozial- und Ausbildungsstruktur, brachliegende landwirtschaftliche Nutzflächen und Versorgungsgengpässe etc.

Neben den negativen Folgen dieser spontanen und kaum noch unter Kontrolle zu haltenden Entwicklung sind hierbei auch einige positive Momente zu erkennen. Zum einen konnte das Land eine Entwicklung in Richtung Industrienation einschlagen, zum anderen ergaben sich raumstrukturell positiv einzuschätzende Veränderungen. So hat man es geschafft, das Gefälle in der Produktionsstruktur und der Lebensqualität in der Hauptstadt und den Großstädten einerseits und in den Mittel- und Kleinstädten sowie auf dem Dorf andererseits weitgehend abzubauen. Der Anteil Sofias an der industriellen Bruttoproduktion des Landes konnte auf unter 15 % gesenkt werden bei einem Bevölkerungsanteil von 13,4 % (1987). Dennoch hat sich Sofia mit gegenwärtig ca. 1,25 Mio. Einwohnern zu einer viel zu großen Hauptstadt eines relativ kleinen Landes mit knapp 9 Mio. Einwohnern entwickelt. Gravierend ist auch die Differenz zur zweitgrößten Stadt Plowdiw, die etwa 470 000 Einwohner zählt.

3. *Grenzen der zentralgeplanten Wirtschaftsentwicklung und Raumordnung. Die Veränderungsansätze für die 90er Jahre*

Die Führung des Landes erkannte 1987, daß das bisherige Entwicklungsmodell auf seine Grenzen gestoßen ist. Das Entwicklungspotential war ausgeschöpft. Die früher vor allem auf der Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie begründeten reichen Devisenquellen sind inzwischen fast versiegt. Der ländliche Raum war lange Zeit das "Reservoir" der für die Industrialisierungsprogramme notwendigen Arbeitskräfte, aber inzwischen leidet die Landwirtschaft zunehmend an

einem sich immer akuter darstellenden Arbeitskräftemangel. Somit wird es ihr immer unmöglicher, ihrer Hauptfunktion gerecht zu werden und die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und die Industrie mit landwirtschaftlichen Rohstoffen zu versorgen.

Auch regional haben sich die Disproportionen vertieft, ja verschärft. Wirtschafts- und sozialpolitisch kam das insbesondere im überproportionalen Ausbau der Bezirkszentren und in einer wachsenden Vernachlässigung der Mittel- und Kleinstädte zum Ausdruck. In der Regel wandte man unter Vorgabe einer scheinbar "demokratischen" Aussprache mit der Bevölkerung, die in Wirklichkeit aber entmündigt war, riesige Mittel für die Errichtung kostenaufwendiger Vorzeigobjekte auf, während bereits die Peripherie einer Bezirkshauptstadt im Infrastrukturbereich gravierende Mängel und Lücken aufwies. Auch in den kleineren städtischen und ländlichen Siedlungen waren die negativen Zentralisierungsfolgen nicht zu übersehen.

Im Landesmaßstab wuchs das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen im Landesinnern und denen entlang der West- und Südgrenze Bulgariens. Freilich handelt es sich hier um schwer zugängliche Gebiete mit Gebirgscharakter und mit zerklüfteter Oberfläche, deren infrastrukturelle Erschließung (Straßenbau) weitgehend erschwert bzw. nur mit erheblichen Kosten möglich ist.

Die eigentliche Ursache liegt jedoch darin, daß diese Gebiete aufgrund ihrer Grenzlage nicht nur geographisch, sondern auch politisch, wirtschaftlich und sozial bewußt zu Randzonen herabstilisiert worden sind. Die strenge Abschottung der Grenze machte einen kleinen Grenzverkehr unmöglich. Früher existierende Wirtschaftsbeziehungen zu Gebieten jenseits der Grenze wurden zerschnitten, und die natürlich gewachsene Arbeitsteilung wurde aufgrund der stark zentralisierten Wirtschaftsleitung des Landes und der Bezirke gewaltsam geändert. Die strengen Eigentumsverhältnisse, die jegliches Privateigentum an Grund und Boden ausschlossen, sowie die unterdurchschnittlichen Arbeits- und Lebensbedingungen trugen zur Abwanderung eines Großteils der Bevölkerung und der Arbeitskräfte in die großen Zentren im Landesinnern bei.

Zwar hatte die Regierung diese Mißstände erkannt. Sie startete mehrere Förderungsprojekte, das markanteste unter ihnen das sog. Regionalprogramm Strandhsa-Sakar (ein Gebiet entlang der türkischen Grenze), doch ohne nennenswerten Erfolg.

Der Kerngedanke dieser Projekte lag darin, durch Ansiedlung von Kleinbetrieben, Förderung des Gewerbes und eine radikale Änderung der Beschäftigtenstruktur in den Dörfern die Industrialisierungsprozesse in dieser Region weiter zu beschleunigen, die Attraktivität der ländlichen Lebensformen zu steigern und die Tendenz des Dorfsterbens umzukehren. Allerdings hat man es versäumt, die diversen Investitions- und Förderungsanstrengungen mit einer wirksamen Neuordnung der Besitzverhältnisse und des Leitungsstils zu koppeln. Nach Meinung des Verfassers ist die eigentliche Ursache für das faktische Scheitern der o.g. Bemühungen eben hier zu suchen. Denn schon der Ansatz, der Landflucht aufgrund des Dahinsiechens der Landwirtschaft mit Ansiedlung von Betriebsfilialen aus den Industriezentren mit zumeist veralteter Technologie, verschlissenen Ausrüstungen und z.T. primitiver Arbeitsorganisation (alles aus Gründen einer angestrebten, jedoch falsch verstandenen Kosteneinsparung) beizukommen, enthält ein vorprogrammiertes Fiasko. Bereits der Ansatz

konterkariert die angestrebten Ziele, da die neu eingerichteten gewerblichen Arbeitsplätze der Landwirtschaft weitere Arbeitskräfte entziehen. Doch der erhoffte Aufschwung in der Industrialisierung ist auch ausgeblieben, weil man sehr bald erkannt hat, daß die praktisch per Befehl von oben erzwungenen Investitionen einer ökonomischen Vernunft weitgehend entbehren und mit der Zeit zu einer schwer zu tragenden Budgetlast werden.

Diese und andere exemplarische Beispiele, auch die wachsende Umweltzerstörung, verdeutlichen, in welche Sackgasse man sich mit den herkömmlichen Instrumenten der Leitung und Planung der Wirtschaft hineinmanövriert hat.

In raumordnungspolitischer Hinsicht kam es Ende 1987 zu einem umfangreichen Versuch, aus der Situation einer fortschreitenden Abkapselung der Bezirke nach außen und der tendenziellen Herausbildung, wie es hieß, "feudaler Führungsstrukturen" herauszukommen. Mit einem Erlaß des Staatsrates wurden die Bezirke aufgelöst und als neue regionale Verwaltungseinheiten neun Gebiete und ca. 250 Kreise (wieder-)eingeführt. Der volkswirtschaftliche Gesamtrahmen war dabei die neue Konzeption einer wirtschaftlichen Dezentralisierung, Kompetenzerweiterung in den Betrieben, betrieblichen Selbstverwaltung etc. auf der Grundlage einer konsequent zu praktizierenden wirtschaftlichen Rechnungsführung und Eigenerwirtschaftung der Mittel. Im Zuge der Reformen wurden den administrativen Gebieten bzw. ihren Volksräten Koordinierungsfunktionen zugeordnet, wodurch sie zu "Organen der sich selbstverwaltenden Kreise" werden sollten. Die Kreise sind nämlich zu grundlegenden räumlichen Verwaltungseinheiten gemacht worden, die mittels der örtlichen Raumplanung die unmittelbaren Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung im Territorium weitgehend in eigener Regie gestalten sollen. Um sie lebensfähig zu machen, wurde ein Finanzierungsschema aufgestellt, wonach ihre Räte über den Nettogewinn der ihnen unterstellten Betriebe sowie über einen festen Prozentsatz (in der Regel 10 %) der Gewinne der zentralgeleiteten Betriebe verfügen, ferner Einnahmen aus Steuern, Abgaben der Bevölkerung usw. haben. Die Gebiete dagegen haben keine weiteren Einnahmen, womit ihnen die Möglichkeit der direkten Einmischung und die Bevormundung gegenüber den Kreisen genommen werden soll. Ein gewichtiges Problem für die wirtschaftliche und entscheidungspolitische Unabhängigkeit der Kreise ergibt sich aus der Tatsache, daß zahlreiche auf ihrem Territorium angesiedelte Betriebe mit Verlust arbeiten und somit keine Beiträge in den örtlichen Haushalt abführen können. Daraus folgt die Notwendigkeit eines raschen zweigleichen und räumlichen, einschließlich innerregionalen, Strukturwandels.

4. Die großräumige Territorialstruktur heute

Verwaltungsmäßig ist das rund 111 000 Quadratkilometer große Territorium des Landes in neun Gebiete eingeteilt (hier in der alphabetischen Reihenfolge der kyrillischen Schriftweise):

- | | |
|------------------|----------------|
| — Burgas, | — Rasgrad, |
| — Warna, | — Sofia-Stadt, |
| — Lowetsch, | — Sofia-Land, |
| — Michailowgrad, | — Chaskowo. |
| — Plowdiw, | |

Man geht davon aus, daß die Gebiete als großräumige Verwaltungseinheiten hier existierende und sich weiterhin ausprägende territoriale Produktionskomplexe zur Grundlage haben. Der Begriff des territorialen Produktionskomplexes wurde in Bulgarien aus sowjetischen Forschungsergebnissen der 70er Jahre übernommen, als man dort aktiver dazu überging, hauptsächlich das sibirische Hinterland, aber auch einige Regionen im Fernen Osten und Hohen Norden planmäßig wirtschaftlich zu erschließen. Die als theoretischer Vorlauf und weiterhin im Zuge dieser Anstrengungen entwickelte, recht umfangreiche Theorie der territorialen Produktionskomplexe besagt im Grunde, daß vorhandene Naturressourcen und auf ihrer Grundlage aufgebaute extraktive und verarbeitende Industrien den Kern einer komplexen Gebietsentwicklung darstellen. Später setzt ein Prozeß raumökonomischer Vervollkommenung des sich im Begriff des Entstehens befindenden territorialen Produktionskomplexes und seiner arbeitsteiligen Einbindung in den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß ein.

Diese Theorie fand in Bulgarien zunächst eine begeisterte Aufnahme; später kam man zur Einsicht, daß sie wegen der im Vergleich zur Sowjetunion grundverschiedenen Rahmenbedingungen nicht direkt anzuwenden war. In der Literatur ist man von der ursprünglich vertretenen Vorstellung abgerückt, auch in Bulgarien müsse sich ein territorialer Produktionskomplex eben durch einen hohen Komplexitätsgrad der hier ansässigen Wirtschaft auszeichnen. Man hat dagegen eine realistischere Formel akzeptiert, wonach unter unseren Bedingungen unter dem Begriff des territorialen Produktionskomplexes ein lockeres Gefüge historisch gewachsener Branchen und Bereiche auf der Grundlage vorhandener Standortbedingungen (im weiteren Sinne) zu verstehen ist.

Dieser kurze Exkurs scheint dem Autor insofern wichtig zu sein, als er aufzuzeigen hilft, daß der großräumigen Gliederung des Landes primär wirtschaftliche und weniger historische bzw. ethnische Kriterien zugrunde liegen. Diese Gliederung fußt also auf eher pragmatischen verwaltungspolitischen Überlegungen. Sie birgt zugleich gewisse Widersprüche aufgrund der Verdrängung althergebrachter Einflußfaktoren auf die Grenzverläufe der Regionen, insbesondere in Nordost- und Südwestbulgarien.

Die gegenwärtig vorherrschende Produktionsprofilierung und Branchenspezialisierung der einzelnen Gebiete könnte allgemein so umschrieben werden, wie es in Tabelle 1 dargestellt ist.

Die aufgrund der räumlichen und Branchenarbeitsteilung entstandenen Spezialisierungsproduktionen und -zweige stellen im Landesmaßstab technologisch und wirtschaftlich verknüpfte Produktionsstufen dar und somit auch die Grundlage der zwischengebietlichen Kooperation. Diese beeinflusst im Sinne der Rückkopplung die Herausbildung kombinierter Typen regionaler Produktionsstrukturen mit einer vielfältigen, auf konkrete Dominanzzweige ausgerichteten Profilierung bei vorhandener innergebietlicher Verflechtung. Gleichzeitig fungiert das historisch gewachsene und verfestigte Standortgefüge mit seinem innen- und übergebietlichen Verflechtungsnetz als Einflußfaktor der räumlichen Ausdehnung und Abgrenzung der Gebiete.

Die Tabelle 2 gibt einen Grobüberblick über die wichtigsten Rahmenkennziffern der Verwaltungsgebiete in Bulgarien 1987.

Tabelle 1:
Wichtigste Spezialproduktionen, die die wirtschaftliche
Profilierung der Verwaltungsgebiete in Bulgarien prägen

Gebiet	Spezialisierungsrichtung
Burgas	Erdölverarbeitung, Maschinenbau, Leichtindustrie
Warna	chemische Industrie, Schiffbau, Maschinenbau
Lowetsch	Erdölverarbeitung, Textilindustrie, Lebensmittelindustrie
Michailowgrad	chemische Industrie, Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie
Plowdiw	Elektronik, Maschinenbau, Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie
Rasgrad	Maschinenbau, Landwirtschaft
Sofia-Stadt	Elektronik, Hüttenindustrie, Maschinenbau
Sofia-Land	Maschinenbau, Elektronik, Leichtindustrie, Hüttenindustrie
Chaskowo	Braunkohleförderung, Energetik, Maschinenbau, Elektronik

5. Institutionelle Einrichtungen der Raumordnung und Raumplanung

Die für die zentralistisch-dogmatische Wirtschaftspolitik charakteristische Industrialisierungs-Apologetik führte zu einer wirtschaftspolitisch ungünstigen Stellenwertdisproportion zwischen Fach- und Raumplanung. In den ersten Nachkriegsjahren entstanden zahlreiche Branchen- (Industrie-) Ministerien als Rückgrat der staatlichen Planungs- und Leitungsstruktur der Volkswirtschaft. Sie waren im allgemeinen dem staatlichen Planungskomitee unterstellt, das dem Ministerrat untergeordnet war. Die Raumplanung oblag einer Fachabteilung für die Standortverteilung der Produktivkräfte des staatlichen Plankomitees. Hier wurden die bedeutendsten raumordnungspolitischen Vorhaben vorbereitet. Sie ergaben sich in erster Linie aus den Gesamtzielen des beschleunigten

Aufbaus der Grundstoff- und Verarbeitungsindustrie und den daraus resultierenden Aufgaben der Ressourcenbeschaffung und -allokation. Nach der bereits eingespielten demokratisch-zentralistischen Planungstechnologie waren die Planungsabteilungen der Bezirke die zuständigen Einrichtungen für die regionalen Anliegen der Wirtschaftsleitung.

Diese Grundstruktur hat sich im großen und ganzen bis heute als lebensfähig erwiesen und die zahlreichen Reorganisations- und Reformansätze, vor allem der letzten Jahre, überlebt. Zwar wurden im Zuge der verschiedensten Wirtschaftsreformen zahlreiche Ministerien aufgelöst und wieder eingerichtet, doch eine eigenständige Einrichtung hat die Raumplanung in Bulgarien bis heute noch nicht bekommen. Allerdings wurde mit der seit 1989 geltenden "Ordnung über die Selbstverwaltung der territorialen Gemeinschaften" die straffe staatliche Raumplanung und Leitung gelockert. Insbesondere wurden die Kompetenzen der unteren Leitungsebene — der Kreise — erweitert und die der Mesoebene — der Gebiete — eingeeengt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die Räte der Gebiete nicht mehr uneingeschränkte Weisungsrechte gegenüber den Kreisplanungseinrichtungen haben.

Unter den Grundlagen zur Handhabung der raumstrukturellen Entwicklung der Wirtschaft, der Branchen und der Bezirke in den 70er Jahren wäre insbesondere das sog. Generalschema zur Standortverteilung der Produktivkräfte zu nennen. Dieses Großprojekt wurde vom damaligen wissenschaftlichen Planungszentrum beim staatlichen Planungskomitee durchgeführt und sollte mit seinem Prognosecharakter allen mittelfristigen Planungsaufgaben bis 1990 und darüber hinaus bis zur Jahrhundertwende zugrunde liegen. Allerdings wurde es bald nach seiner Erstellung faktisch verworfen, da die vielfältigen Reorganisationsmaßnahmen seit Anfang der 80er Jahre eine vorausschauende Territorialplanung unmöglich machten. Nach der Raumordnungsreform 1987 entfielen zum anderen die Bezirke, womit dem Generalschema seine wichtigste Grundlage entzogen wurde.

Auch die Territorialforschung spiegelt ihrer Organisation nach die allgemeine Zersplitterung der Raumplanung und Leitung wider. Es fehlt an einer integrierenden Einrichtung, die die Koordinierung der Forschungsaufgaben im Landesmaß-

Tabelle 2:
Rahmenkennziffern der Gebiete in Bulgarien 1987

Gebiet	Fläche (in %)	Bevölkerung (in %)	Produziertes National- einkommen (in %)	Geldeinnahmen pro Kopf der Bevölkerung (in Lewa)	Gesellschaft- liche Arbeits- produktivität (in Lewa)
Burgas	13,2	10,0	15,6	2 213	11 393
Warna	10,7	10,9	8,5	2 225	5 732
Lowetsch	13,7	12,0	15,1	2 312	8 785
Michailowgrad	9,5	7,5	5,5	2 216	5 043
Plowdiw	12,3	13,9	13,8	2 159	7 285
Rasgrad	9,7	9,5	7,7	2 107	5 798
Sofia-Stadt	1,1	13,4	13,6	2 726	9 054
Sofia-Land	17,2	11,4	10,1	2 286	6 013
Chaskowo	12,6	11,4	10,1	2 162	6 305
Bulgarien insges.	100	100	100	2 280	7 317

stab bzw. der Zusammenarbeit der einzelnen Forschungsstätten übernehmen könnte. Neben einer Arbeitsgruppe im Wirtschaftsinstitut beim kürzlich wiedergegründeten Ministerium für Wirtschaft und Planung, die sich mit Raumforschung befaßt, übernimmt das Forschungsinstitut für Raumordnung, Städtebau und Architektur beim Ministerrat Aufgaben der angewandten intraregionalen räumlichen Entwicklung. Diesen Aufgaben verleiht das Raum- und Siedlungsordnungsgesetz einen juristischen Rahmen. Die Sektion Regionalplanung am Wirtschaftsinstitut der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften führt hauptsächlich analytische Untersuchungen zur Entwicklung der Territorialstruktur und der verschiedensten Teilstrukturen, einschließlich der Infrastruktur, durch. Schließlich erfolgt die Hochschulausbildung im Fach Raumökonomie an entsprechenden Lehrstühlen der

Wirtschaftshochschulen in Sofia, Warna und Swischtow an der Donau.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß sich sowohl die Territorialplanung als auch die Territorialforschung in Bulgarien an der Schwelle eines notwendigen Wandels befinden. Er ergibt sich aus den sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den 90er Jahren und den damit verbundenen, für das Land völlig neuen leitungspolitischen und -organisatorischen Grundsätzen.

*Dr. Ognian Hishow
ul. Zona Petkowa B1. 72 A
bx. A. ap. 8
1408 Sofia (Bulgarien)*